

Nothilfebeitrag statt Aufnahme
Liechtenstein beobachtet die Situation in den Flüchtlingslagern. Eine Aufnahme ist nicht geplant. 7

Psychische Erkrankung vermutet
Weshalb der Mann mit einer Waffe Schüsse auf einen Linienbus abgab, ist noch unklar. Er sitzt in U-Haft. 2

FIRMENSÜCHE.LI
Grösste digitale Wirtschaftsdatenbank
Firmen | Personen | FL | Schweiz

Biden erneuert Einreisestopp für Ausländer aus Europa

US-Präsident Joe Biden hat den Einreisestopp für Ausländer aus Europa erneuert. Die Massnahme wurde zum Schutz vor einer neuen Virusvariante auch auf ausländische Reisende aus Südafrika ausgeweitet. «Der nationale Notstand, der durch den Coronavirus-Ausbruch in den Vereinigten Staaten verursacht wurde, stellt weiterhin eine ernste Bedrohung für unsere Gesundheit und Sicherheit dar», heisst es in der Proklamation. Die Sprecherin des Weissen Hauses erklärte an einer Pressekonferenz: «Dies ist nicht der richtige Zeitpunkt, um Einschränkungen des internationalen Reiseverkehrs aufzuheben.» Donald Trump hatte vor etwa einer Woche ein Ende des Einreisestopps angeordnet. Bidens Team erklärte aber umgehend, dass die Beschränkungen für Reisende aus dem Schengen-Raum, aus Grossbritannien, Irland und Brasilien nach dem Amtsantritt der neuen Regierung wieder eingeführt würden. (sda)

Sapperlot

Der Kampf gegen die Pandemie scheint für manche zum Kampf für die Freiheit geworden zu sein. Die Massnahmen wurden in den vergangenen Wochen weiter verschärft und in vielen Staaten auch ausgeweitet. Dass viele das Wort «Corona» nicht mehr hören können und sie allmählich genug von den Einschränkungen haben, ist nachvollziehbar. Die Situation schlägt allen auf das Gemüt und wohl jeder ersehnt sich die «Normalität» zurück. Allerdings ist es keine Lösung, wenn man blindlings seiner Wut freien Lauf lässt, Scheiben von Geschäften zertrümmert und diese plündert oder Steine gegen ein Krankenhaus wirft, so wie es am Sonntag in diversen niederländischen Städten der Fall war. Gehört wurden die Demonstranten – zumindest insofern, dass sie unzufrieden, dumm und egoistisch sind. Denn nur wenn der Kampf gegen das Virus gewonnen ist, erhalten wir unsere Freiheit zurück. Daran können Kravalle nichts ändern. Julia Kaufmann

VU-Fraktion: «Oberste Priorität hat der Erhalt der Arbeitsplätze»

Das Hilfspaket für die Wirtschaft soll im Mittelpunkt des Sonderlandtags stehen und nicht die Petitionen.

Patrik Schädler

Durch die Diskussion um die Petitionen zur Post in Triesen und zur «skurrilen» Bittschrift von Xaver Jehle droht der Hauptgrund für die Sondersitzung des Landtags an diesem Freitag kurz vor den Wahlen in den Hintergrund zu geraten. Die VU-Fraktion ist der Meinung, dass die Verabschiedung des Nachtragskredits für die Verlängerung des Massnahmenpakets im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Folgen des Coronavirus an erster Stelle stehen muss. Aus diesem Grund will die VU-Fraktion auch, dass dieser Punkt als erstes Traktandum behandelt wird. «Oberste Priorität hat der Erhalt der Arbeitsplätze. Damit soll der Ursprungszweck des Sonderlandtags – nämlich der Wirtschaft und der Bevölkerung in der grössten Krise seit dem Zweiten Welt-

krieg zu helfen – gewahrt bleiben und an erster Stelle stehen», so die VU-Landtagsfraktion auf Anfrage. Der Vorsitzende des Landesausschusses, Albert Frick (FBP), hat dieses Haupttraktandum an den Schluss der Sitzung vom kommenden Freitag gereiht. Zuvor sollen die Petitionen an der Reihe sein. Dies werfe Fragen auf, so die VU-Fraktion, da Albert Frick damit «einem Wahlkampf-Geplänkel Tür und Tor öffnet». «Der VU-Fraktion ist es ein Anliegen, dass vor diesen Bittschriften die Angelegenheiten geregelt werden, wegen denen der Landtag eigentlich zusammentritt. Damit will die VU-Fraktion dafür sorgen, dass die Prioritäten im Landtag klar und richtig gesetzt werden», heisst es in der Stellungnahme der Fraktion. Die VU-Fraktion bedankt sich bei der Regierung und Wirtschaftsminister Daniel Risch, «dass sie mit

diesem Sonderlandtag ihrer Linie treu bleibt, die Anliegen der Wirtschaft ernst nimmt und für schnelle und möglichst unbürokratische Hilfe sorgen will».

Parlamentsdienst half beim «Schwärzen» der Jehle-Petition

Die Diskussionen um den Sonderlandtag hat vor allem die Petition vom selbsternannten Dissidenten Xaver Jehle ausgelöst. In einem wirren Papier fordert er vom Landesfürsten, die Landtagswahlen zu verschieben, die Regierung direkt zu wählen und Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch das Misstrauen auszusprechen. Die originale Bittschrift vom 6. Januar 2021 – welche gestern an ausgewählte Adressen ging – wurde mit geschwärzten Stellen am 21. Januar vom Landesausschuss auf die Traktandenliste ge-

setzt. Also genau an jenem Tag, als die Wahlunterlagen versandt wurden. Die geschwärzten Stellen waren notwendig, da die Bittschrift ansonsten gegen gesetzliche Vorschriften verstossen hätte, da sie «ehrenbeleidigende Äusserungen» enthielt.

Pikant ist die Entstehung der geschwärzten Stellen: Der Parlamentsdienst half dem Petitionär dabei. Der Vorsitzende des Landesausschusses, Albert Frick, aber auch die Mitglieder zeigten sich gestern gegenüber dem «Vaterland» zur Entstehungsgeschichte äusserst wortkarg. «Im Nachhinein wäre es wohl besser gewesen, wenn man die Petition zurück an den Absender retourniert hätte mit der Bitte, er solle sie anpassen und dann wieder einreichen», erklärte ein Landesausschuss-Mitglied, welches nicht namentlich genannt werden will. 3

Knallharter Kurs: Chinas Präsident sorgt mit WEF-Rede für Aufsehen



Vor vier Jahren eröffnete Chinas Präsident Xi Jinping mit einer Rede bereits einmal das WEF. Gestern, Montag, tat er es wieder: virtuell zwar, aber mit einer deutlichen Ansage. China gibt ab jetzt den Takt vor. Widerrede ist nicht erwünscht. 25

Bild: Pascal Bitz/WEF

13 zusätzliche Fälle gemeldet

Liechtenstein verzeichnete bisher insgesamt 2454 laborbestätigte Fälle. Innerhalb des letzten Tages wurden 13 zusätzliche Fälle gemeldet. Der Schnitt der vergangenen sieben Tage liegt bei gut 8 neuen Fällen pro Tag und in den vergangenen zwei Wochen sind knapp 300 Personen hochgerechnet auf 100 000 Einwohner erkrankt. Die 7-Tage-Inzidenz beläuft sich auf einen Wert von rund 150. Bislang traten 52 Todesfälle im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung auf. 6 Erkrankte sind derzeit hospitalisiert. 2322 erkrankte Personen sind zwischenzeitlich wieder genesen. Gegenwärtig befinden sich 103 enge Kontaktpersonen in Quarantäne. (ikr/red)

Italiens Premier will Rücktritt einreichen

Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte will am Dienstag in einer Kabinettsitzung seinen Rücktritt anbieten. Anschliessend wolle er mit seinem Plan zu Staatschef Sergio Mattarella gehen. Das teilte die Regierung in Rom am Montag mit. Conte hatte zwar in der vergangenen Woche zwei Vertrauensabstimmungen im Parlament knapp gewonnen. Trotzdem hat seine Minderheitsregierung seither keine stabile Mehrheit mehr im Parlament – besonders nicht in der zweiten Kammer, dem Senat. (sda) 26

PROVIDA

Keine Nerven für Ihre Steuererklärung?
Wir schon!

Unternehmensberatung | Steuern & Recht
Wirtschaftsprüfung | Treuhand
Full-Service Beratung in Ihrer Nähe.
provida.ch

